

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Deutschland 10 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Berücksichtigung des Postbezugs für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Gaux u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 25 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Weite Straße 6-8.

Die achtgepostete Monatshefte über Herrn Kamm kostet 5.- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befehle 3,00 M. netto pro Zeile. Stellen-Befehle in Wort-Anzeigen: das festgesetzte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Warnung in letzter Stunde!

Auf Befehl der Orgesch

Die Ministerkrise ist noch immer nicht gelöst. Wir haben von Anbeginn an darauf verwiesen, daß es politisch der Gipfel der Unverantwortlichkeit sei, in dem Augenblick der höchsten außenpolitischen Not, im Innern eine Regierungskrise zuzulassen. Wenn die Herren Fehrenbach und Simons für ihre Personen glaubten zurücktreten zu müssen, wäre es Aufgabe der Regierungsparteien gewesen, für diesen Zeitpunkt, den man längst hatte voraussehen müssen, auf den Dr. Simons selbst wiederholt hingewiesen hatte, andere Männer in Bereitschaft zu halten. Das ist nicht geschehen. Ohne eine Spur von Voraussicht hat man die Krise viel zu spät kommen lassen und stand ihr dann noch völlig unvorbereitet und planlos gegenüber.

Dazu kam dann noch die Ungeheuerlichkeit des Reichspräsidenten. Statt die Regierungsbildung sofort einem Führer der Regierungsparteien zu übertragen, wurde die kostbarste Zeit mit dem Versuch vertrödelte, „neutrale“ Persönlichkeiten dafür zu finden. Das Scheitern auch dieses Versuches war vorauszu sehen.

Dann aber versief man auf den allerunglücklichsten Ausweg, die Parteien erst über die künftige Regierungspolitik in dem Dunkel der Fraktionszimmer beschließen zu lassen und diese Beschlüsse abzuwarten, um so die Richtschnur für die künftige Regierung zu finden. Die Parteien sind damit bis jetzt noch nicht zu Hande gekommen, und zweieinhalb Tage vor der Entscheidung über das deutsche Schicksal existiert keine Regierung!

Auch das mußte vorausgesehen werden! Wenn die Psychologie dieser Parteien nicht ganz fremd ist, wer ihre Einstellung auf reine Wahltagipolitik kennt, mußte wissen, daß ein solches Vorgehen geradezu verhängnisvoll wirken werde. Wäre dagegen sofort ein Kabinett gebildet worden, so hätte dieses vor das Parlament treten und seine Entscheidung vor dem Reichstag begründen und vertreten müssen. Die Parteien wären unter den Druck gesetzt worden, in aller Öffentlichkeit und in voller Verantwortung sich für oder gegen die Regierungspolitik auszusprechen. Und wir sind überzeugt, daß dann diese Treibereien hinter den Kulissen nicht so starken Einfluß hätten gewinnen können, wie das gegenwärtig der Fall ist.

Denn deutlich läßt sich in den letzten Tagen erkennen, daß ein Umschwung eingetreten ist. Unter dem Zwang des Ultimatums setzte sich die Auffassung immer mehr durch, daß die wirtschaftlichen Forderungen, so hart und drückend sie sind, so unbestimmbar im gegenwärtigen Moment jedes Urteil über ihre Erfüllbarkeit auf die Dauer auch ist, doch angenommen werden müßten, um die Befehung des Ruhrgebiets zu vermeiden. Denn diese Befehung bedeutet wirtschaftlich eine völlige Katastrophe und die Herbeiführung von Zuständen, die in kurzer Zeit ganz unerträglich werden müssen; sie bedeute politisch die ganz außerordentliche Gefahr der Zerreißung Deutschlands. Als aber das Ultimatum die Erneuerung der bereits in Spaa angenommenen Forderung der Entwaffnung und der Aburteilung der Kriegsverbrecher brachte, da setzten die militaristischen und reaktionären Einflüsse aufs neue ein. Die wirtschaftlichen Forderungen, die für die Massen des deutschen Volkes außerordentliche Lasten bedeuten, die waren den bürgerlichen Parteien schließlich doch noch annehmbar erschienen, aber die Entwaffnung erscheint ihnen völlig unerfüllbar. Der Widerstand der Orgesch kann angeblich nicht gebrochen werden.

Uns erscheint ein solches Verhalten als unerhörte Schmach. Wir verstehen eine Auffassung, die die wirtschaftlichen Forderungen für unerfüllbar hält und deshalb zur Ablehnung des Ultimatums gelangt. Wir urteilen anders, weil wir meinen, daß für die nächsten Jahre, wenn auch unter den härtesten Opfern, die Zahlungen aufgebracht werden können und unterdes die nötige Zeit gewonnen sein wird und die politischen Verhältnisse sich soweit geändert haben werden, um zu erträglichen Vereinbarungen zu gelangen. Jedes Verständnis hört aber auf, wenn Politiker ihre reaktionären Machtzwecke, die sie mit der Orgesch durchzusetzen hoffen, über die Existenz des deutschen Volkes stellen, wenn sie deshalb zu einer unabsehbaren Katastrophe- und Hazardpolitik raten. Das ist eine reaktionäre Verbohrtheit und Gewissenlosigkeit, die den leidenschaftlichsten Widerstand hervorzurufen muß.

Es ist aber auch ein Verhalten, daß für die gesamte Zukunft jede Aussicht vernichtet. Denn wenn jetzt aus reaktionären und militaristischen Gründen die Ablehnung erfolgt, dann wirkt das nicht nur aufpeitschend auf die Arbeiterklasse im eigenen Lande, sondern in ganz unabsehbarer Weise auch stärkend auf den Militarismus und Nationalismus draußen. Eine Ablehnung, bei der diese Gründe auch nur mitspielen, geschweige denn im Vordergrund stehen, raubt Deutschland jede Sympathie nicht nur bei den Ententestaaten, sondern auch bei den Neutralen und erschwert bis zur Unmöglichkeit den Kampf der sozialistischen Parteien und der Arbeiterorganisationen in Frankreich und England gegen ihre Regierungen.

Diese Politik muß also für Deutschland ein doppeltes Verhängnis bedeuten: einmal die sofortige Katastrophe und zweitens die Verschüttung aller Zukunftsaussichten.

In letzter Stunde warnen wir!

Heute Entscheidung?

Die Entscheidung über die Krise wird voraussichtlich heute nachmittag in einer Sitzung fallen, die auf 11 Uhr einberufen worden ist. An dieser Sitzung werden neben den Führern der Regierungsparteien der bisherige Außenminister Simons und eine Reihe von Staatssekretären teilnehmen, um die notwendigen Unterlagen für die Beschlussfassung zu geben.

Die Demokratische Fraktion hat auch heute noch keine Entscheidung gefällt. Im Zentrum ist man im wesentlichen für die Annahme des Ultimatums, ein Beschluß wurde jedoch nicht gefaßt. Die Bayerische Volkspartei ist für Annahme der wirtschaftlichen, für Ablehnung der politischen Bedingungen. Die Fraktion der S. P. D. tagte zur Mittagsstunde noch.

Auf 2 Uhr ist der Seniorenkongress zusammenberufen worden; es ist möglich, daß um 4 Uhr eine Plenarsitzung des Reichstages stattfindet.

Lloyd George über die internationale Lage

EE. London, 8. Mai.

Lloyd George hielt gestern in Radstone vor der Nationalvereinigung der Unionisten in der Grafschaft Kent eine große Rede über die allgemeine auswärtige Lage. Er wandte sich gegen den Vorwurf, daß er seinen Kopf gewendet habe und ein Renegat sei. Diese Vorwürfe würden ihm deswegen gemacht, weil er versucht habe, mit Leuten anderer politischer Überzeugung zusammenzuarbeiten. Mit dieser Tat, sagte Lloyd George, verband sich nur die Liebe zu England. Heute sei das Zusammenarbeiten aller Nationalgestirnten um so notwendiger, weil ein Streik, wie ihn England noch nie durchlebt habe, das Land bedrohe. Dann sei die deutsche Frage zu berücksichtigen, die Kriegsdrohung in Oberschlesien, in Kleinasien und auch nicht in letzter Linie der Aufruhr in Irland. Lloyd George wies dann nach, daß, da die Kohlenpreise in England allenthalben herabgesetzt wurden, den Kohlenarbeitern nicht die früheren Löhne bewilligt werden könnten; man würde sonst nicht mehr konkurrenzfähig bleiben. Schon erscheinen die amerikanischen Kohlen auf allen europäischen Märkten. Die Nationalisierung der Kohlengruben bedeute daher eine große Gefahr für England. Lloyd George wendet sich dann der deutschen Angelegenheit zu und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Klugheit in Berlin das Uebergewicht erhalten würde. Es ist dies nicht nur Europa, sondern auch für Deutschland selbst von größter Wichtigkeit. Wenn Deutschland gemäß dem Versailler Vertrag die Entwaffnung durchgeführt habe, so habe es auch das Recht, von den Alliierten zu fordern, daß auch Polen seine Truppen entwaffe. Großbritannien ist der Ansicht, daß man Deutschland als Unterlegenem mit fair play behandeln solle. Denn, wenn der Friedensvertrag von ihm durchgeführt werden soll, so müssen notwendigerweise auch alle anderen die Bedingungen erfüllen.

Die militärischen Rüstungen

Paris, 8. Mai.

„Petit Parisien“ zufolge soll nach Schätzungen in autorisierten Kreisen schon die gute Hälfte der Jahrestklasse 1919 in den Rheinlanden angekommen sein.

Paris, 8. Mai.

Ueber die Beteiligung Belgiens an der eventuellen Befehung des Ruhrgebiets sagte der belgische Kriegsminister belgischen Journalisten, augenblicklich befänden sich die Jahrestklassen 1917 und 1918 unter den Waffen. Er werde deshalb zu einer Teilmobilisierung der Jahrestklasse 1918 schreiten. Man werde die Kapitulantien, also die Unteroffiziere und Reserveoffiziere, einberufen, sowie ferner drei Jahrestklassen des Eisenbahnbataillons.

Im Herenkessel

Aus Gleiwitz wird uns vom 6. Mai geschrieben:

D'Anunzio macht Schule. Auf Witna folgt Oberschlesien. Herr Korsantj hat sich zum Diktator aufgeschwungen und hat die Städte durch seine Truppen zernieren lassen. Es geht ganz militärisch zu. Schützenlinien, dazwischen alle 200 Schritt ein Maschinengewehr eingebaut. Es wird lustig geknallt.

Die Polnische Regierung hat sich mit dem Schritt Korsantj nicht einverstanden erklärt, ihn als Plebiszit-Kommissar abberufen und sie wäscht jetzt ihre Hände in Unschuld wie weiland Pilatus. Selbstverständlich! Eingeweichte und solche Personen, die das öffentliche Leben in Oberschlesien etwas eingehender studieren, konnten an gewissen Zeichen schon längst wahrnehmen, daß es zu etwas kommen würde. Die polnischen und die polnisch orientierten Zeitungen Oberschlesiens haben schon seit Wochen darauf hingewiesen, daß sich das obereschlesische Volk und besonders die Grubenarbeiter auflehnen würden, wenn der Industriebezirk nicht ungeteilt zu Polen käme. Nachdem nun der Bericht der Interalliierten Kommission in Oppeln in drei getrennten Exemplaren an den Hohen Rat nach Paris abgegangen war, war es Zeit, das Schauspiel aufzuführen.

Der Bericht der französischen Mitglieder fordert die rechte Oberseite für Polen. Die Engländer wollen den Polen die Kreise Rybnik-Ples geben, die Italiener erklären, daß die Abstimmung die Angelegenheit genügend geklärt habe und Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland verbleiben müsse. Entsprechend dieser Stellungnahme ist auch das Verhalten der Truppen. Während die Italiener und Engländer energisch gegen die Insurgenten vorgehen und selbst schon eine Anzahl Tote und Verwundete unter ihren Mannschaften haben, stehen die Franzosen fast ausnahmslos Gewehr bei Fuß. Im Gegenteil, es wird von einwandfreien Augenzeugen berichtet, daß französische Soldaten und auch Offiziere mit den Insurgenten fraternisieren. Geleitet wird die Bewegung anscheinend von Offizieren der polnischen Armee. Daraus ist am besten ersichtlich, was man von der Erklärung der Polnischen Regierung zu halten hat. In Gleiwitz steht das französische Militär in ständiger Bereitschaft mit Tanks, Panzerautos usw., ohne indes die vor den Toren stehenden bewaffneten Insurgenten irgendwie ernstlich zu belästigen.

Was war nun angesichts solcher Entwicklung der Dinge die Aufgabe der sozialistischen Arbeiterschaft? Zunächst war es unsere Aufgabe, dahin zu wirken, daß sie sich von keiner Seite provozieren ließ. Versuche dazu wurden gemacht von deutschnationalistischer Seite, indem man eine Bürgerwehr schaffen wollte, in der die Arbeiterschaft unter dem Kommando von ehemaligen Offizieren ihre Haut zu Markte tragen sollte. Diesen Herrschaften wurde eine nicht mißzuverstehende Antwort gegeben. Ein Entschluß der Betriebsräte und der drei sozialistischen Parteien lehnte einstimmig jede Mitwirkung an den Bürgerwehren ab. Damit waren diese erledigt.

Die polnischen Nationalisten hätten natürlich ebenso gern gesehen, wenn sich die Arbeiterschaft zur Gegenoffensive hätte hinreißen lassen. Das wäre ein willkommenes Anlaß gewesen, die an der Grenze konzentrierten regulären Truppen einmarschieren zu lassen, und damit eine vollendete Tatsache zu schaffen. Die Arbeiterschaft hatte aus dem Augustaufstand ihre Lehren gezogen und bewies eine ausgezeichnete Disziplin.

Nachdem die französischen Truppen trotz der Zusicherung des kommandierenden Generals in Gleiwitz nicht an die Entwaffnung der Insurgenten gingen, und diese Miene machten, die Betriebe zu besetzen und die Arbeiterschaft in den Betrieben mit Maschinengewehren beschossen, haben wir den Arbeitern empfohlen, sich innerhalb der Betriebe zur Abwehr und zum Schutz zu organisieren. Im übrigen handelt es sich hier um eine Prestige-frage des „Hohen Rates“. Wir können nicht glauben, daß er es zugeben wird, daß seinen Beschlüssen auf eine Weise, wie es jetzt geschieht, vorgegriffen wird, und das angesichts seiner bis an die Zähne bewaffneten durchaus genügenden Macht, die friedliche Bevölkerung auf die schamloseste Weise terrorisiert wird.

Der Votschasterrat über Oberschlesien

Paris, 8. Mai.

Die „Petit Parisien“ teilt mit, hat in der gestrigen Sitzung des Votschasterrats ein Vorschlag der englischen Regierung vorgelegen, um angesichts der Lage in Oberschlesien zu einer provisorischen Regelung zu gelangen. Die englische Regierung wünsche, daß unverzüglich die südlichen Bezirke Ples und Rybnik den Polen und die Bezirke auf dem linken Oberufer Deutschland zugesprochen werden. Der britische industrielle Bezirk solle indessen unter alliierter Verwaltung bleiben, und in diesen Bezirk sollen sich sämtliche interalliierten Truppen zurückziehen, da es augenblicklich unmöglich sei, zur Wiederherstellung der Ordnung Verstärkungen nach Oberschlesien zu entsenden. Nach dem „Petit Parisien“ soll dieser Vorschlag geprüft werden; der Votschasterrat wolle sich am Montag wieder mit ihm beschäftigen. Das Blatt meint jedoch, es sei zweifelhaft, ob er für annehmbar er

...wird werden, denn durch eine derartige halbe Lösung würde man die Gemüter erregen und außerdem die alliierten Truppen in eine schwierige Lage bringen.

Schließlich berichtet „Petit Parisien“, daß zwei Vorschläge für die Grenzschließung in Oberschlesien von der Interalliierten Kommission in Opatowitz eingegangen sind, ein Bericht von General Le Rond, der sich auf den polnischen Standpunkt stellt, und ein Bericht vom englischen Oberst Percival und vom italienischen General de Marini, der vorschlägt, daß nur die Kreise Pleß und Kambitz den Polen zugesprochen werden sollen. Der Vorkommissar hat nunmehr die beiden Berichte an die Interalliierte Kommission zurückgegeben und diese aufgefordert, sie solle versuchen, zu einer einheitlichen Lösung zu gelangen.

Die englischen Vorschläge abgelehnt

Paris, 2. Mai.

Wie der „Temp“ mitteilt, hat das militärische Komitee von Versailles die Vorschläge der englischen Regierung, in Oberschlesien die Aufrechterhaltung der Ordnung dadurch sicherzustellen, daß man das strittige Industriegebiet durch interalliierte Truppen besetzen lasse, die übrigen Gebiete dagegen Polen und Deutschland schon jetzt übermitteln solle, abgelehnt. Die militärischen Sachverständigen seien der Ansicht, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht ergriffen werden sollten, da sich im übrigen auch die Lage in Oberschlesien zu bessern scheine.

Frankreich gegen ein Eingreifen der Reichswehr

III. Paris, 2. Mai.

Der französische Botschafter in Berlin hat gegenüber der deutschen Regierung die formelle Erklärung abgegeben, daß jedes Eingreifen der Reichswehr bei den ober-schlesischen Wirren als eine Verletzung des Friedensvertrages angesehen würde.

Das bedeutet nichts anderes, als daß ein Krieg gegen die Polen, den die nationalistischen Kreise in Deutschland durch die Entsendung von Reichswehr nach Oberschlesien herbeiführen wollen, zugleich einen Krieg mit Frankreich auslösen würde. Die französische Regierung hat völlig freie Hand, die Betätigung der Reichswehr als einen Kriegsfall zu bezeichnen. Die deutschen Nationalisten spielen also mit dem Feuer, wenn sie den polnischen Aufstand in Oberschlesien für ihre Zwecke zu verwerten suchen.

Die Ausdehnung des Aufstandes

Opatowitz, 8. Mai.

R. T. B. meldet: Nach den bis zum 8. Mai abends eingelaufenen Meldungen verläuft die Linie des von den Aufständischen besetzten Gebiets vom Norden des Kreises Rosenfeld beginnend östlich Seidwitz, östlich Bankau, westlich Wendeln, östlich Turawa und Kraschew, östlich der Malapane und Tarnau, westlich Leschnitz, östlich Kandrzin, sodann längs der Oder bis zur Grenze. In der rein deutschen Stadt Kattowitz ist das Standrecht verhängt worden. Jeder Zivilist, der mit Waffen angetroffen wird, wird nach dem Befehl der Interalliierten Kommission erschossen. Die Stadt Königshütte befindet sich in den Händen der Aufständischen, nur das Rathaus wird von französischen Truppen besetzt gehalten. Zwischen Gleiwitz und Petersdorf hat eine Schießerei stattgefunden. Bei Bankau im Kreise Kreuzburg scheiterte ein Angriff der Aufständischen. Ebenso mußte Leschnitz im Kreise Gr. Strehlitz von den polnischen Banden wieder geräumt werden.

Nach den letzten Nachrichten ist Kandrzin, das vorübergehend in die Hand der polnischen Banden gefallen war, nach schwerem Kampf behauptet worden. Die Verluste der Insurgenten betragen 70 Tote.

Breslau, 9. Mai.

WB. meldet: In Hindenburg wird die Macht der Polen immer größer. Die Verhaftungen deutschgesinnter Einwohner nehmen zu. Ganze Straßen sind von den Polen abgesperrt und werden nach Heilmitteln durchsucht. Die Stadt Cosel wird von überlegenen polnischen Kräften schwer bedroht. Die Aufständischen verwenden in diesem Abschnitt Artillerie und Minenwerfer. Die Oederbrücke zwischen Cosel und Kandrzin bei Bogorzellek liegt

unter polnischem Feuer. Die polnischen Gefangenen in Cosel sind sämtlich aus dem Gefängnis entlassen worden. Leschnitz und Kandrzin werden von den Aufständischen heftig angegriffen, befinden sich zur Stunde jedoch noch in deutscher Hand. Aus Leschnitz sind 30 Verwundete in das Opatowitzer Krankenhaus eingeliefert worden.

III. Kattowitz, 9. Mai.

Der Sonntag ist in Kattowitz ruhig verlaufen. Die Ausgänge der Stadt werden weiterhin von den Insurgenten besetzt, so daß niemand ohne polnischen Ausweis die Stadt verlassen kann. Der Bahnhof und die Bahnunterführungen sind durch starke französische Patrouillen besetzt. Zwischen 2 und 3 Uhr nachts wurde heftiges Gewehr- und Maschinengewehrfeuer vernommen, dessen Ursache unbekannt ist. Am Montagmorgen soll der erste Zug nach Gleiwitz mit Anschluß an Kandrzin und Breslau abgefahren werden, falls nicht Zwischenfälle dies verhindern. In Kattowitz werden ungefähr 60 Waggons mit Lebensmitteln erwartet.

Ein deutscher Protest

Das deutsche Plebiszitarkomitee für Oberschlesien, die bürgerlichen Parteien, die Rechtssozialisten, der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und die Nationalen Gewerkschaften haben bei der Interalliierten Kommission in Opatowitz, telegraphisch angestraft, was sie zu tun gedente, um ihre Zusage vom 3. Mai, wonach die Ruhe und Ordnung bald wieder hergestellt werden sollte, zu verwirklichen. Die gleichen Organisationen haben an die Ministerpräsidenten der Alliierten Staaten ein längeres Telegramm geschickt, worin sie sich gegen die Darstellung Korsantus über die Entstehung des Polenputsches in Oberschlesien wenden. Der Putsch sei bis in die kleinste Einzelheit vorbereitet, die Pläne seien der Interalliierten Kommission vorher bekannt gewesen. Nur ein Teil der Arbeiter habe gestreift, die allgemeine Arbeitseinstellung vom 3. Mai sei durch die Aufständischen erzwungen worden. Es sei erwiesen, daß die Waffen der Aufständischen aus Polen stammten. Es handle sich nicht um eine elementare Bewegung, sondern sie sei künstlich von den Polen entworfen worden. Die überwiegende Mehrheit des ober-schlesischen Volkes sei friedlich und arbeitswillig. Der Schluß des Telegramms lautet: „Wir fordern von den für die Entscheidung über Oberschlesien verantwortlichen Nationen, daß sie sich durch die der Wahrheit widersprechenden Darlegungen jenes Mannes nicht beeinflussen lassen, der Oberschlesien mit allen Mitteln eines gewissenlosen Demagogentums seit zwei Jahren in Furcht und Schrecken hält, sondern daß sie nach den unveränderlichen Grundsätzen des Rechtes und der Gerechtigkeit entscheiden, die ausnahmslos für uns sprechen.“

Aufrufe der Interalliierten Kommission

Opatowitz, 8. Mai.

R. T. B. meldet: Da die Erregung der deutschen Bevölkerung in Opatowitz wegen eines bevorstehenden Angriffs der polnischen Insurgenten überaus groß geworden war, erließ die Interalliierte Kommission heute abend zwei Aufrufe an die Bevölkerung, in deren einem sie zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ermahnt und verspricht, einen Angriff auf Opatowitz mit allen Kräften abzuwehren. Der zweite Aufruf fordert die Flüchtlinge zum Verlassen der Stadt Opatowitz auf, wozu die Interalliierte Kommission besondere Züge bereitstellen werde.

Vor der Wiederaufnahme der Arbeit

Kattowitz, 8. Mai.

Heute vormittag war in Königshütte folgendes Plakat angeschlagen: Arbeiter und Bürger! Die Interalliierte Kommission hat uns auf unsere Vorstellungen zugesichert: 1. Die Arbeit kann in vollem Umfange am Montag wieder aufgenommen werden. 2. Die Straßenbahnen und Eisenbahnen werden Tag und Nacht wieder verkehren. 3. Die irregulären Truppen sollen sich so schnell wie möglich zurückziehen. Die Truppen der Interalliierten Kommission werden in vollem Maße den Schutz der ruhigen Bürger übernehmen. 4. Ruhe, Ordnung und Sicherheit können nur aufrecht erhalten werden, wenn die Bürgerschaft sich von allen Demonstrationen fernhält. Volksgenossen, haltet die Straßen frei, unterstützt eure bewährten

Führer in der Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Unterzeichneten sind deutsche Gewerkschaftsführer, die am Sonnabend nach Opatowitz zur Interalliierten Kommission gefahren waren. Der Aufruf ist genehmigt vom französischen Kreisinspektoren.

„Ohnmacht“ der polnischen Regierung

London, 9. Mai.

Wie der Berichtskorrespondent der „Times“ meldet, besagen die aus Warschau eingetroffenen Nachrichten, daß die polnische Regierung die Führung im Lande vollkommen verloren hat. In Warschau fand eine große Kundgebung statt, in der verlangt wurde, daß den polnischen Truppen der Befehl gegeben werde, sich dem Aufstand in Oberschlesien anzuschließen. Es gebe Persönlichkeiten in verantwortlicher Stellung, die bereit seien, die Volkstimme ohne Rücksicht auf die Folgen auszusprechen. Die polnische Regierung sei auch nicht in der Lage, die Schließung der Grenze gegen Oberschlesien durchzusetzen.

Verkehrseinschränkungen in Oesterreich

Wien, 7. Mai.

In einer amtlichen Mitteilung wird darauf aufmerksam gemacht, daß das plötzliche Abbrechen der ober-schlesischen Kohlenversorgung wegen der dortigen Kämpfe die österreichischen Eisenbahnen zu weitgehenden Verkehrseinschränkungen nötigen dürfte, die voraussichtlich von Mittwoch, den 10. Mai an, sowohl den Schnellzugs- als auch den Personenverkehr treffen werden. Ebenso

Pressfreiheit und Galgen

In der Nacht zum Sonntag wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft die Gesamtauflage der „Roten Fahne“ — 3200 Exemplare — beschlagnahmt. Die Beschlagnahme erfolgte in der Druckerei Alexandrinenstraße. Veranlassung dazu soll ein Aufruf gewesen sein, der die Arbeiter zu Gewalttätigkeiten aufforderte.

Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen die „Rote Fahne“ kommt einer völligen Aukerkräftigung der Pressfreiheit gleich. Wenn der Inhalt der „Roten Fahne“ gegen die Strafgesetze verstößt, so hat der Staatsanwalt keinen anderen Weg zu beschreiten, als den der öffentlichen Anklage. Die dauernden Verbote und Beschlagnahmen aber sehen allzu stark nach Strafmaßnahmen aus, zu denen der Staatsanwalt nicht befugt ist.

Noch toller trübten es die Gerichte in Breslau. Dort ist das Erscheinen der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ dadurch verhindert worden, daß die Staatsanwaltschaft sogar dem Drucker und dem Setzerpersonal ein strafrechtliches Einschreiten in Aussicht stellte, wenn die „Schlesische Arbeiterzeitung“ in ihrem bisherigen Inhalte weiter erscheinen würde. Die Druckerei habe daraufhin den weiteren Druck verweigert, das Blatt mußte sein Erscheinen einstellen.

Wir erheben gegen diese Akte einer brutalen Polizeiwilktür den allerheftigsten Protest. Die Pressfreiheit ist durch die Verfassung gewährleistet. Sie darf durch keinen Staatsanwalt je nach Raune außer Kraft gesetzt werden.

Stadtverordnetenwahl in Niesla

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Dresden, 9. Mai.

Die Bürgerlichen von Niesla hatten die Ungültigkeit der jüngst stattgefundenen Stadtverordnetenwahl beantragt, die eine sozialistische Mehrheit gebracht hatte. Wegen einiger formeller Verstöße war dem Antrag auch stattgegeben worden. Bei der gestrigen Nachwahl blieben die Sozialisten in der Mehrheit, die U. S. P. erhielt 300 Stimmen mehr als bei der letzten Wahl. Für unsere Partei ergibt sich folgendes Bild: Landtagswahl 919 Stimmen, Stadtverordnetenwahl 1275, und bei der gestrigen Nachwahl 1522 Stimmen. Die R. K. P. hatte sich überhaupt nicht wieder beteiligt. Sie erhielt bei der letzten Wahl nur noch 97 Stimmen, bei der Landtagswahl 224. Die Bürgerlichen verloren 600 Stimmen.

Der Bahnhof von Herbesthal bleibt belgisch. Wie „Libre Belgique“ mitteilt, hat der Vorkommissar endgültig beschlossen, daß der Bahnhof von Herbesthal belgisch bleibt.

Fiesco

Schiller im Staatstheater

„Ein wildes Stück, das gleich dem Todeskeim in sich getragen habe“, nannte Goethe „Die Verschwörung des Fiesco zu Genua“ vor 97 Jahren. Aber der Todeskeim hat das Stück nicht getötet. Es ist mit allen seinen Gewaltanteilen und Rindlichkeiten stark geblieben und durch die neue Bearbeitung von Leopold Jessner der modernen Bühne wiedergewonnen worden. Jessner zieht das Stück auf eine knappe Folge von wichtigen Ereignissen zusammen und erzwingt durch Spiel, Striche und Tempo bis zuletzt eine so kraftvolle Steigerung, daß der schwächste Akt, der 5. (in dem Fiesco irrträglich eine Frau tötet) zum härtesten wird und die Aufführung in einer gewaltigen und bildhohen Erschütterung schließt. Das ganze Haus tobte vor Beifall und rief Jessner, den eigentlichen Helden des Abends, oft auf die Bühne.

Das Tempo der Aufführung war von zwei Ursachen bestimmt. Durch das Stück selbst, dessen stürmische Handlung in zwei Tagen und Nächten spielt; durch seine Fehler und Widersprüche, die nur erträglich sind, wenn wir keine Zeit haben, über sie nachzudenken. So ziemlich alles ist gewaltig und unwahrscheinlich, wie stets bei Schiller, aber die Melodie, die in den „Räubern“, in „Kabale und Liebe“ und in „Carlos“, darüber wegstreift, ist schwächer. Das Stück hat keinen Helden, den man liebt und kein Opfer das man bemitleidet und seine Idee, die republikanische, wird nur von einem Starrkopf, Berrina, getragen, den Schiller teils der römischen Geschichte, teils Lessing entnommen hatte, ohne ihm Eigenes zuzufügen. Schiller, der in der Geschichtsschreibung ein Meister war, läßt seine politischen Helden wie schlechte Romanfiguren handeln. Der Mohr, der Fiesco töten sollte, wird zwar sofort in alle Pläne eingeweiht, aber vor dem Putsch verjagt, damit er nur ja alles verrate. Dem Volke erzählt Fiesco ein monarchisches Märchen, aber die Republikaner hoffen auf ihn. Fiesco schwankt, ob er sich zum ersten Bürger der Republik oder zu ihrem Herzog machen solle, doch Schiller löst den Konflikt durch Apparitionen, die Fiesco rechtzeitig einfallen. „Ein Diadem erlösen ist groß, es wegwerfen, ist göttlich.“ — also will Fiesco Bürger der Republik werden. Am nächsten Morgen: „Es ist frech, eine Million zu veruntreuen, aber es ist namenlos groß, eine Krone zu stehen.“ Und verfährt durch nichts, als diesen Einfall und das Panorama von Genua, beschließt Fiesco sich durch den republikanischen Putsch auf den Thron heben zu lassen.

Das alles wäre zum Lachen, wenn es nicht eben von Schiller wäre. So ist und bleibt es glühend-mächtig. Nach Goethe war Schiller selbst beim Nageschneiden groß. Das ist auch die einzige Erklärung dafür, wie selbst durch das verworrenste seiner Dramen seine große Seele durchschlägt. Diese Größe fühlbar zu machen, durch Wegräumen aller Hindernisse, ist heute die Aufgabe der Regie.

Jessner hat mächtig weggeräumt, und dadurch das Stück sprühend lebendig und die Aufführung zu einem Ereignis gemacht. Reinhardt hätte den Fiesco ohne viel Striche als farbige-malerischen Versuchsexperiment gespielt. Jessner hält sich möglichst wenig an das Romantische. Er gibt, in selten wilden Zügen, nur den Kampf um die politische Macht. Es wird fast nichts gespielt, als Fiescos Verstellung, die Ereignisse, die den Putsch vorbereiten, die Verschwörung und ihr Sieg. Alles andere, Verächtigtes und Schlechtes, fällt weg. Aber Jessner läßt sich nichts Starkes entgehen. Schiller, der jedes seiner Motive nach allen Seiten abwandelt, läßt in einer Szene Fiesco mit dem jungen Dorta zusammenstreffen. Die Szene ist für das Drama belanglos, die Worte, die dabei gewechselt werden, entbehrlich. Aber Jessner spürt den Effekt und süßigt, ganz anders als bei Schiller, die beiden Gegner wie Gespenster an einander vorbei.

Solche leichten Umwandlungen der dichterischen Absichten sind bei Jessner Ausnahmen. Die Regel ist, daß er das Wesentliche herausbringt. Durch die Zusammendrängung der Handlung auf eine wichtige Folge von Ereignissen, werden alle Szenen gleichwertig. Das bestimmt den Stil der Aufführung. Sie braust in einem Tempo und Rhythmus vorüber. Alle Szenen stehen wie auf einer Linie. Infolgedessen konnte Jessner auf die Schattierungen einer raumtiefen Bühne verzichten. Dafür arbeitet er wieder, erfolgreicher als in Richard III., mit zwei Etagen. — Von der zweiten Etage geht nach rechts und links eine Festtreppe hinunter. Der Durchgang der so entstehenden Brücke dient als Zimmer. Eine große Mannigfaltigkeit der Stellungen und Betonungen ist erreicht, der Raum rhythmisch erweitert. Das Stück führt die Treppen hinauf und hinab, da aber die Treppen nicht in den Zuschauerraum, sondern in die Seitentüfen führen, ist das lästige Bild der Stufen vermieden. Wo die Handlung irgend einen Höhepunkt hat, wird sie hienisch in die zweite Etage gehoben. Am glänzendsten ist das Unten und Oben in den drei schnell folgenden Hauptmonologen verwendet. Unten auf der Bühne entscheidet sich Fiesco, wie in einer Raune, für die Republik. Im Halbdunkel seines Zimmers Berrina für die Ermordung Fiescos. Und kaum hat er geendet, steht Fiesco oben in einem Lichtkegel und juchzt sich zur Tat empor, Genuas Herzog zu werden.

Das Staatstheater hat einen zu alten Fiesco, Bassermann, und einen zu jungen, Ernst Deutsch. Jessner entschied sich für den jüngeren. Dadurch hatte die Aufführung eine glänzende Figur, einen feurigen Liebhaber, einen berechnenden Südländer. Aber ihr fehlte, noch mehr als der Dichtung der Held, ein politischer Wille. Glanz, Jugend, Geist konnten nicht begreiflich machen, daß Genua auf diesen jungen Mann so viel Hoffnungen setzt. Deutsch gewann seinem merkwürdig schmerzlosen Organ mit äußerster Energie auch die letzten Steigerungen ab. Sein Spiel funktelt von Geist. Er hat auch Wärme, aber ich glaube, nicht

allzuviel Herz. Herz, Macht und große, padende Melodie, das ist — neben dem künstlerischen Können — Kortners Herrlichkeit. Er spricht mit einer machtvollen Breite, mit einem aus der Brust strömenden Pathos, das jeden Satz in Singen verwandelt. Sein Berrina sah aus, wie ein großer, eisgrauer Beethoven. Jeder Satz war wie ein Schreiten. Und da er selbst breit und wichtig durch das Stück geht, gab er eine pathetisch große Figur, von unwiderstehlich vorwärtsdrängender Gewalt.

So groß wie Kortner war die ganze Aufführung nicht, aber Jessner gab ihr doch diesen Stil. Indem er dabei auf alles, was Expressionismus — Symbolismus heißt, verzichtete, zeigte er, daß kein Können nicht von einem literarischen Stil abhängt, sondern echt und eigen ist. Er ist ein wichtiger Gestalter. Selbst wenn er Szenen nicht auf einer Erhöhung oder vorne am Souffleurkasten zusammenballt, sind sie mit einer solchen Behemung umritten, daß jede Gruppe, in ihrer sprechenden, Wort und Gebärde vorreinigenden Lebendigkeit, wie in Stein geschlagen ist. Jessner hat nicht wie Reinhardt Kultur in allen Fingerspitzen. Sein Maler, Birhan, war diesmal vier Akte lang, formlos und un schön. Die Frauen, die er spielen läßt, sind nur in verschiedenen Graden kitschig und belanglos. In den Nebenfiguren herrschen profillose Gestalten und akademische Sprecher vor. Selbst gute Schauspieler wie Förster und Legal kamen über das Theaterübliche nicht hinaus. Wieviel feiner, glänzender, effektvoller wäre alles — bei gleich schlechtem Menschenmaterial — unter Reinhardt gewesen. Aber was Jessner an Nerven fehlt, hat er an innerlicher, wesentlicher Kraft. Er ist immer ein rhythmischer Gestalter. Rasch — barbarisch wie eine Urkraft, aber es ist: Gestaltung. Brahm war der Graphiker, Reinhardt der Maler, Jessner ist der Plastiker der deutschen Bühne. Seine bisherigen Leistungen ließen die Frage offen, ob er auch ohne Stilisierung ein schwieriges Werk gestalten kann. Der „Fiesco“ hat alle Zweifel beseitigt. Jessner besorge sich neue Männer und Frauen und dann wird er auch das Material haben, dem Staatstheater die Stellung zu geben, die das Deutsche Theater 25 Jahre innegehabt hat.

Felix Stöjlinger

Es ist doch ein Unterschied. Die deutschen Militaristen hielten sich, seitdem ihnen ihre Säbel zerbrochen worden sind, in Schamspitze und verhöhnenden Frankreich, weil es besiegt hat — wie gemein, zu „liegen“ —, weil es noch Soldaten, Offiziere, Generale und dementsprechend einen sogenannten Militarismus hat. Daß uns die Generale jeder Nation gleich unsympathisch sind, brauchen wir nicht erst zu versichern. Aber, es ist doch ein Unterschied. Dies beweist denen, die es noch bestreiten, ein Artikel von Foch, der eben zum hundertjährigen Todestage von Napoleon in den „Times“ erschienen ist. Dort sagt er, Napoleon sei gestürzt, weil er vergaß, daß ein Mensch nicht ein Gott sein könne. Napoleon habe auch vergessen, daß über dem Individuum die Nation stehe, und daß es über der Menschheit

Handlanger des Imperialismus

EE. Paris, 9. Mai.

Gestern hielt Loucheur auf einem Bankett in Lille eine Rede, in der er zunächst das als zynische Lüge bezeichnete, daß Frankreich den Frieden nicht wünsche. Frankreich will den Frieden, es fordert aber auch, daß seine nördlichen und östlichen Departements, die im Laufe der Jahrhunderte durch die von Deutschland gekommenen Barbaren verwüstet wurden, endlich die Sicherheit erhielten, ohne die es in Frankreich keine Ruhe gebe. Zu diesem Zwecke habe der Friedensvertrag die völlige Entwaffnung Deutschlands vorsehen. Loucheur erklärte dann weiter, daß Deutschland auch völlig entwaffnet werden würde. Man erwartet jetzt von Deutschland eine genaue Antwort, die keine Zweifel mehr beläßt. Entweder gibt Deutschland nach und stellt die geforderten Garantien, oder die sofortige Besetzung der Bergwerke und der Industriebezirke werde durchgeführt. Unterschreibt Deutschland nicht, so habe man einen großen Erfolg erzielt. Die Schaffung der Garantiekommision, die nach Vorkriegs der türkischen und griechischen fungieren soll, wird es ermöglichen, die Einkünfte des Feindes Frankreichs automatisch in die Hand zu bekommen. Würde Deutschland ablehnen, so würde England, Belgien und Frankreich wie ein Mann marschieren. Dafür könne er, Loucheur sich verbürgen.

Die Rede Loucheurs läßt keinen Zweifel darüber bestehen, wem die deutschen Nationalisten in die Hände arbeiten, wenn sie nun stürmisch die Nichtunterzeichnung verlangen, die Entwaffnung verweigern und den nationalen Furor wieder zu entfesseln suchen. Deutlich geht aus den Worten Loucheurs, des französischen Stinnes, hervor, daß er und die hinter ihm stehenden Vertreter der französischen Schwerindustrie und des in ihrem Dienste stehenden Militarismus nichts sehnlicher wünschen, als die Verweigerung der deutschen Unterschrift, die ihnen die Möglichkeit geben würde, das Ruhrgebiet zu besetzen. Jene Leute, die jetzt in Deutschland wieder mit dem Säbel rasseln und über nationale „Entehrung“ schreien, sind nichts weiter als die Handlanger des französischen Imperialismus, dessen Spiel sie fördern.

Helden der zweiten Internationale

Paris, 8. Mai.

Der belgische sozialistische Minister für Kunst und Wissenschaft Destree, der in dem gestrigen Ministerrat für die Sanktionen gestimmt hat, erklärte dem Temporekspreskorrespondenten: Ich bin wie alle Sozialdemokraten Anhänger der Resolution von Amsterdam, ich verteidige sie, aber das ist ja nur Theorie, jetzt muß man mit Realitäten rechnen und praktische Maßnahmen ergreifen.

Warschau, 8. Mai.

Gestern abend fand auf dem Theaterplatz eine von mehreren tausend Personen besuchte Versammlung der polnischen sozialistischen Partei statt, in der die Sympathie für den Aufstand in Oberschlesien und der Wille, den letzten Blutstropfen für Oberschlesien zu vergießen, kundgegeben wurde. Im Anschluß daran wurde ein Umzug durch die Stadt veranstaltet. Ebenfalls wurde vor dem Schloß Belvedere eine Studentenversammlung abgehalten, bei der Kundgebungen für Oberschlesien beschlossen und „Nieder mit Deutschland“ gerufen wurde.

Sowohl die belgischen Sozialisten, deren Minister Destree nur „theoretisch“ für die Amsterdamer Resolution eintritt, wie die sozialistische Partei Polens (P. P. S.), die erneut den polnischen Nationalismus unterstützt und den von Korfanty unternommenen Aufstand fördert, sind Mitglieder der zweiten Internationale. Abermals zeigt es sich, daß die hier vereinigten Parteien den Sozialismus und die internationale Solidarität preisgeben, sobald das „nationale Interesse“ in den Vordergrund tritt. Den polnischen Sozialisten kann vielleicht der Vorzug größerer Offenheit zuerkannt werden: sie treten offen als Nationalisten auf, während die Belgier mit leeren Phrasen die Deffentlichkeit zu täuschen suchen.

Zusammenstöße mit Kommunisten in Paris

Ltd. Tel. Paris, 9. Mai.

Bei der gestrigen Demonstration der kommunistischen Partei sprachen verschiedene Redner, darunter Frossard und Rappo-

ein Sittengesetz gäbe, und daß nicht der Krieg das höchste Ziel sei, sondern daß es etwas Höheres gäbe als den Krieg: den Frieden. Wir wollen gar nicht untersuchen, ob noch mit diesen Worten Napoleon zurecht charakterisiert. Aber solche Worte eines Generals über den Nationalhelden seines Volkes — gibt das nicht zu denken? Man stelle sich vor, Hindenburg schreibt über Napoleon oder Friedrich II. Was würde er feiern: die „Mannesjucht“ der Arme, die großen Planenmanöver, die schnellen Marsche, das Intendantenwesen, kurz allerlei Kleinram, und über allem: die nationale Genugung. Ist es denkbar, daß die Hindenburg, Ludendorff, Tirpitz, Bernhardi in einem solchen Gedankengang gefügt hätten, daß über der Menschheit ein Sittengesetz ohne „militärische Notwendigkeiten“, daß höher als der Krieg der Frieden stehe. Es ist undenkbar. Es ist eben doch ein Unterschied.

Die Leistungen der Mäuser. Die menschlichen und tierischen Mäuser unterscheiden sich von den Kraftmaschinen dadurch, daß sie weniger Heizmaterial verbrauchen und bei der Arbeit weniger Wärme entwickeln. Man kann sich eine Vorstellung von dem Maß der Arbeit machen, die unsere Mäuser zu liefern vermögen, wenn man bedenkt, daß der „Herzmuskel“ eines Mannes durchschnittlich am Tage eine Arbeit von 20 000 Kilogramm leisten; das bedeutet eine Kraft, die ein Gewicht von 20 000 Kilogramm (400 Zentner) einen Meter hochzuheben vermag. Ein Arbeiter verrichtet täglich 200 000 Kilogramm; bei achtstündiger Tätigkeit kann er in der Sekunde höchstens 10,5—11 Kilogramm leisten, während das Pferd 70—75 in dieser Zeit zustande bringt. Die Kräftigsten in der Tierwelt sind die Insekten, die das Sieben- und achtzigfache ihres Körpergewichts zu schleppen vermögen, und sich im Springen bisweilen, wie bekannt, der unbestrittenen Weltmeisterschaft erfreuen.

Protest der Berliner Künstlergesellschaft gegen das Museums-Eintrittsgeld. Der Ortsverein Berlin der Allgemeinen Deutschen Kunstgenossenschaft hat an das Kultus- und Finanzministerium eine Eingabe gerichtet, die die Beseitigung des Eintrittsgeldes in den staatlichen Museen fordert, da diese kulturfeindliche Maßnahme das Verständnis für Kunst und den Kunstgenuss im Volke erschweren. Dieser Eingabe haben sich noch andere Berliner Künstlerverbände angeschlossen, so z. B. der Architektinnenverein, die Künstlersektion, der Bund für Schulkunst-Ausstellungen, der Landesverein akadem. Zeichenlehrer Preußens, die Novembergruppe, der Verband Deutscher Musikatoren, der Verein der Künstlerinnen, die Juryfreie Kunstschau.

Tages-Notizen

Teleföhrer Nordsee, Berlin-Potsdam, am 10., 11., 12. Mai, abends 7 1/2 Uhr. Lokalbahn nach L. Kasse, am 13. Mai, 7 1/2 Uhr, Gaspel des Staatsbahnpfeifers „Luziano Tasso“.
Die Große Volksparty Berlin bringt Montag, abends 7 Uhr, in der Neuen Welt, Gassenstraße, „Wahngänge“ zur Aufführung.
Gefährliche Überfahrt. Staatsoper: heute abend „Nigros Nachts“.
Deutsches Theater: Freitag, 10. Mai, 7 1/2 Uhr, „Die drei Missetäter“.
Großes Schauspielhaus: Freitag, 10. Mai, 7 1/2 Uhr, „Sommerhochzeit“.

part. Die Versammlung selbst verlief in vollkommener Ruhe und die Teilnehmer hatten sich bereits zerstreut, als eine Gruppe von Manifestanten an der Porte St. Gerovais in das Stadlinnere eindringen wollte und der Polizei Widerstand leistete. Die Polizei mußte (?) zu den Waffen greifen, wobei eine Person getötet und mehrere verwundet wurden.

Amerika im Rate der Vierzehn

London, 8. Mai.

Reuter meldet aus Washington, daß jetzt, da die Vereinigten Staaten angenommen haben, sich inoffiziell im Obersten Rat, in der Reparationskommission und im Vorkonferenzenrat vertreten zu lassen, die Führer des Repräsentantenhauses entgegen, die Resolution des Senats Knox, die den Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt, solange zurückzustellen, bis die größeren Probleme, die aus dem Krieg hervorgegangen sind, geklärt sind. Die Führer des Repräsentantenhauses erklären, daß diese Haltung die Zustimmung der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten finde, und, wie einige behaupten, auch die Zustimmung des Präsidenten Harding.

EE. Paris, 9. Mai.

Der Präsident des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses Porter gab bekannt, daß die Beratung der Resolution Knox auf unbestimmte Zeit vertagt wurde. Das Repräsentantenhaus wird nicht eher darüber beraten, als bis der Präsident die Beratung verlangen wird. Es wird dies erst frühestens in zwei Wochen oder Mitte Juni der Fall sein.

Ltd. Tel. Washington, 7. Mai.

Nachdem sich Harding für eine Wiederbeteiligung der Vereinigten Staaten am Obersten Rat sowie an der Vorkonferenz und der Reparationskommission entschieden hat, wird es dem Vernehmen nach eine der wichtigsten Aufgaben der neuantwärtigen amerikanischen Vertreter sein, auf einer Anerkennung der amerikanischen Rechte an den ehemals deutschen Besitzungen, einschließlich Vaps und der mesopotamischen Ölquellen, zu bestehen.

Sinowjew zurückgetreten?

In einigen Montagsblättern wird eine Revolver-Meldung wiedergegeben, wonach der „Volkskommissar“ Sinowjew und die Kommissare Sorin und Ewklimoff zurückgetreten seien. Diese Nachricht erscheint uns unglaubwürdig, weil weder Sinowjew noch die beiden anderen Volkskommissare sind, sondern nur der Petersburger Exekutivrat angehören. Auch die Nachricht von einer angeblichen Differenz zwischen Sinowjew und Lenin, die zur Demission geführt habe, ist unwahrscheinlich. Sinowjew war immer ein treuer Diener seines Herrn, dessen Wandlungen er folgsam mitmachte. Es ist nicht anzunehmen, daß er sich jetzt gegen die neue Politik Lenins auflehnen würde.

Die Bevölkerung von Ungarn. Nach der jüngsten Volkszählung beträgt die Bevölkerungszahl im unbesetzten Gebiet Ungarns 7 840 832. Budapest hat 1 184 516, Szegedin etwas über 100 000 und 92 Städte haben über 10 000 Einwohner.

Groß-Berlin

Die Maiseier der Jugend

Von dem prachtvollsten Frühlingswetter begünstigt, fand gestern auf dem schönen Gelände bei Bichelsberge die Maiseier der sozialistischen Proletariatsjugend statt. Schon vom frühen Morgen an hatte sich auf den hochgelegenen Wiesen, von denen sich ein wunderbarer Blick auf die Havel bietet, ein fröhliches Leben und Treiben entwickelt. Gegen Mittag waren die Ortsgruppen vollständig versammelt und auch diejenigen älteren Genossen, die durch den Besuch der Maiseier ihr Interesse für die Jugend bewiesen, auf dem Festplatz eingetroffen. Die Feier begann mit zwei Chören des Männergesangvereins „Treu und Fei“, der ganz zufällig an dem Festplatz ankam und bereitwillig die Feier durch seine Mitwirkung unterstützte. Der Jugendgenosse Schwarz schilderte sodann in einer anfeuernden Ansprache die Bedeutung des Tages und forderte die Jugendgenossen auf, durch rege Arbeit die Organisationen zu stärken und sich für den Kampf, der sie später in den Reihen der erwachsenen Arbeiterschaft erwartet, zu schulen. Dann folgten Darbietungen der Jugendkapelle, zwei gut vorgetragene Rezitationen und zwei Lieder, die der Chor der Jugend sang. Besonders das zweite Lied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ wurde von dem Jugendchor unter Leitung des Genossen Mendelsohn so ausgezeichnet vorgetragen, daß der Chor bei weiterer Schulung bald in der Lage sein wird, auch bei Veranstaltungen der erwachsenen Arbeiterschaft mitzuwirken. Genosse Schneider-Neufölln begrüßte die Jugend und richtete im Namen des Zentralkomitees unserer Partei einige aufmunternde Worte an sie, die Unterstützung der erwachsenen Arbeiterschaft jagend. Mit sauber gehaltenen Reigenen schloß die harmonisch verlaufene Feier. Bis in die späten Abendstunden blieb die Jugend zusammen und das Leben und Treiben auf den Wiesen bewies, wie viel schöner die in der freien Natur veranstalteten Feste sind, als Zusammenkünfte in geschlossenen Räumen.

So viel Schönes sich noch über die Feier der Jugend berichten läßt, eine Laskache verdient die schärfste Kritik: das ist das mangelnde Interesse, das sich gestern bei den erwachsenen Parteigenossen für die eigene Jugend zeigte. Es war einfach beschämend, wie wenig Parteigenossen der herzlichen Einladung der Jugend gefolgt waren, wie wenige sich an der fröhlichen Feier der Jugend beteiligten, wo doch die Beteiligung bei dem schönen Ausflug, zu dem sie Gelegenheit bot, so gar kein Opfer war. Hoffentlich zeigt sich bei weiteren Veranstaltungen der Jugend daß die erwachsene Arbeiterschaft endlich erkennt, welche Bedeutung die Jugendbewegung für die Arbeiterbewegung überhaupt hat. Man sollte meinen, daß es gar nicht schwer ist zu erkennen, wie notwendig für die kommenden Kämpfe, die die Arbeiterschaft noch durchzuwehren haben wird, ein sozialistisch geschulter, in freier und in eigener Verantwortlichkeit organisatorisch herangebildeter Nachwuchs der Arbeiterschaft sein wird.

Revolution am Wannsee

Der liebe Gott oder wer sonst derartige Dinge bestimmt, hatte gestern der Menschheit einen wundervollen Frühlingsstag beschert. Die Vögel sangen, die Blumen dufteten, die Kinder jauchzten, die Frauen tranken Kaffee und die Männer konnten zum erstenmal unter freiem Himmel ihren sonntäglichen Sat spielen. Alles drängte nach draußen. Die Verkehrsmittel waren überfüllt, die Ausflugsorte konnten den Zustrom kaum bewältigen. Vergessen waren die Sanktionen und der drohende Einmarsch der Franzosen, vergessen war auch der polnische Aufstand in Oberschlesien, nichts schien daran zu erinnern, daß wir in einem Ozean von Elend und Sorgen fast versinken.

Vergessen schien an diesem Tage auch die Revolution. Zwar hatte noch am Sonnabend die Zentrale der kommunistischen Partei die Parole zu einer neuen Aktion ausgegeben: Generalstreik, Besetzung der Betriebe, bewaffneter Aufstand, waren das Mindeste, was der Arbeiterklasse von ihr als revolutionäre Pflicht auferlegt wurde. An diesem herrlichen Frühlingssonntag aber sahen auch die Führer dieser anbefohlenen Revolution, sahen die Herren Stoecker und Koenen friedlich am Kaffeetisch, ließen ihre sorgengefüllten Köpfe von der lindenden Frühlingsluft umfächeln und niemand konnte einen Zweifel daran haben, daß ihnen selbst in dieser gefährlichen Stunde Kaffee und Kuchen nicht schlechter schmeckten als anderen Speisbürgern auch.

Das war also am schönen Wannsee. Wir gönnen den kommunistischen Spitzen gern alle mögliche Erholung, wir haben nichts dagegen, daß auch sie an den Herrlichkeiten eines Frühlingssonntages teilnehmen. Was aber werden ihre Anhänger dazu sagen, daß sie es jenen Philistern gleich tun, die ohne ihren sonntäglichen Ausflug nicht auskommen können? „Jede Minute kann die furchtbaren Entscheidungen bringen, Alarmbereitschaft ist die Parole des Tages, es lebe der revolutionäre Kampf!“ So konnte man noch am Sonnabend in der „Roten Fahne“ lesen. Wie denn, wenn die Revolution am gestrigen Sonntag ausgebrochen wäre, und Stoecker und Koenen hätten sich, wie es in den Moskauer Bedingungen heißt, an ihre Spitze setzen lassen? Was wäre dann aus der Kaffeepartei am Wannsee geworden?

Die Moral von dieser Geschichte ist wieder einmal, daß Revolutionen nicht gemacht werden können, und daß auch kommunistische Führer auf ein Haar jenen Leuten gleichen, die sie sonst, wenn keine Sonntagsausflüge zu machen sind, als Speisbürger zu beschimpfen lieben.

Feueralarm im Deutschen Opernhaus

Während der Sonntagsaufführung der „Hugenotten“ im Deutschen Opernhaus geriet am Schluß des ersten Aktes infolge Kurzschlusses eine Oberlichtlampe in Brand. Auf die Bühne fielen Funken herab; trotzdem fuhren die Sänger ihre Partien weiter durch. Als infolge des Brandgerüches im Publikum Unruhe entstand, trat der Regisseur Lagenbach auf die Szene und gab beruhigende Erklärungen ab. Die Vorstellung wurde nach einer Unterbrechung von wenigen Minuten, die genügte, um den kleinen Brand zu löschen, ohne Störung zu Ende geführt. Die Feuerwehr war alarmiert worden und rücte, wie das bei Feuermeldungen aus Theatern vorgeschrieben ist, mit mehreren Wäschelügen an. Die Brandwache des Theaters hatte aber schon das Feuer unterdrückt und jede Gefahr beseitigt. Das Erscheinen der vielen Feuerlöscher gab zu aufgeregten Gerüchten Anlaß.

8. Verwaltungsbereich (Spandau). In der am Mittwoch halt gehaltenen Sitzung wurden zunächst für die nichtbestätigten Mitglieder des Bezirksamtes Neuwahlen vorgenommen. Gewählt wurden Eggert (U. S. V.) mit 24, Finkelmejer (R. F. D.) mit 24 Stimmen. Leo (Hospitalier der U. S. V.) erhielt mit seinem Gegenkandidaten Weber (Dem.) je 23 Stimmen, so daß die Losenscheidung für Leo fiel, als letzter wurde Münsinger (S. F. D.) ebenfalls mit 24 Stimmen gewählt. Die bürgerlichen Gegenkandidaten erhielten je 22 Stimmen. Alsdann wurde ein Antrag über die miserablen Postverhältnisse mit folgendem Wortlaut angenommen: 1. daß in der Postanstalt der Neustadt die Paketannahme während der dortigen Dienststunden sofort wieder aufgenommen wird, 2. in allen hiesigen Postanstalten einschließlich dem Hauptpostamt sofort die Paketannahme und -abgabe bis um 7 Uhr abends ausgedehnt wird, 3. im Interesse der gesamten Bürgerschaft bei allen hiesigen Postanstalten sofort Vorkehrungen getroffen werden, damit die Abfertigung des Publikums in angemessener schneller Weise erfolgt. — Die Ferien der Bezirksordner-Vermählung werden in die gleiche Zeit fallen wie die der Berliner Stadtverordneten-Versammlung. — Der weitere Gegenstand betrifft die Bildung von Ortsbezirken. Nach § 29 des Gesetzes vom 27. April 1920 können Ortsbezirke gebildet werden. Gatow, Kladow und Staaken wünschen bei der Bildung von Ortsbezirken nicht nur gehört, sondern auch beteiligt zu werden. Man denkt sich ein ehrenamtliches Kollegium neben dem Ortsbezirksvorsteher aus Bürgern des betreffenden Bezirks. Auf Antrag des Genossen Müller wurde die Angelegenheit einem Ausschuss überwiesen. — Bei der Kenntnisnahme eines Magistratsbeschlusses betr. Errichtung einer Badeanstalt in der Wilhelmstadt, glaubte die Deutsche Volkspartei einen Angriff auf die Kommunalisierung der Badeanstalt in der Bröhmännerstraße machen zu können. Das sofort erkannte Arrangement des neuen Bezirksstadtrates Jahnenhorst, der gerade einen Tag Dezerent des Bodewesens ist, wurde von unserem Genossen Reichert gebührend gedankmarkt, und hofften sich die Bürgerlichen eine Niederlage.

Zur Elektrifizierung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen wird von unterrichteter Seite geschrieben: Die Arbeiten zur Einführung der elektrischen Zugförderung auf den Strecken Stettiner Bahnhof—Bernau und Berlin—Hermsdorf sollen so beschleunigt werden, daß die Inbetriebnahme der elektrischen Zugförderung auf diesen beiden Strecken im Frühjahr 1923 erfolgen kann. Während früher Triebgestelle vorgesehen waren, bei denen die Wagen der Stadt- und Vorortbahn verwendet werden konnten, sollen nunmehr in Zukunft Triebwagen und Beiwagen leichter Bauart beschafft und Triebwagenzüge gebildet werden. Diese Triebwagenzüge werden rund 600 Sitzplätze aufweisen. Der Strom wird den Zügen durch eine dritte Schiene zugeführt, in ähnlicher Weise, wie dies bei den Hoch- und Untergrundbahnen geschieht. Gegenwärtig werden die ersten Wagen beschafft.

Der Raubmord bei Strausberg. Es ist noch nicht gelungen, die Persönlichkeit des im Walde bei Wesendahl erschossenen und beraubten Mannes festzustellen. Man hofft jedoch, daß die aufschlüssigen Tätowierungen dies bald ermöglichen. Die Untersuchung der Leiche hat ergeben, daß drei Schüsse den Geköteten in den Hinterkopf und zwei in den Rücken getroffen haben. Die Kugeln entstammen einem langen amerikanischen Trommelrevolver, einer Waffe, die ziemlich selten ist. Bis noch in später Abendstunde gemeldet wurde, hat die Kriminalpolizei bereits wichtige Feststellungen gemacht. Die Tat ist danach Freitagabend gegen 11 Uhr erfolgt. Um die Zeit sind die Schüsse gefallen, und es ist auch ein Wortwechsel gehört worden. Eine Stimme rief laut: „Komm und hilf mir!“, dann trat Stille ein. Vom Tat- und Fundort führt eine Handwagenspur bis zur Heide und zurück. Diese wird jetzt noch weiter verfolgt. Aus den Tätowierungen geht hervor, daß der Erschossene früher beim Pionier-Bataillon Nr. 2 gedient hat. Die Buchstaben E. W. sind wahrscheinlich die Anfangsbuchstaben des Namens, die Zahl 1877 das Geburtsjahr.

Aufschobens Spielfests. Dem Spielerbergnate des Berliner Polizeipräsidiums ist es wiederum geblückt, mehrere große Spielfests auszugeben, so in der Kantstraße, in der Wendenstraße, der Köhler- und der Neuen Winterfeldstraße. Trotz der großen Vorsichtsmaßregeln der Spielunternehmer gelang es, übersehend in die Spielräume einzudringen. Die „Sicherheitsvorkehrungen“ der Klubs bestehen in der Hauptsache darin, daß die Spielfestigen von den Schleppern zunächst nach drei oder vier Dekadressen und von dort erst nach dem wirklichen Spielfest gebracht werden. Bei den Spielergesellschaften wurden von den Beamten zwei ihnen als gewerbsmäßige Falschspieler bekannte Verlanen angetroffen, die sofort verhaftet wurden. Alle anderen Beteiligten wurden freigelassen. Das wertvolle Spielgerät und auch bares Geld wurden beschlagnahmt. Gegen die Wohnungsinhaber, die Unternehmer und auch gegen die Spieler wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

Ein früherer Oberleutnant als Bankbesitzer. Wegen Urkundenfälschung und Betruges wird von der Kriminalpolizei der 23 Jahre alte ehemalige Oberleutnant Hans Hartwich gesucht, der kurze Zeit bei einer Berliner Großbank beschäftigt war. Der ungetreue Bankangestellte fälschte eine über 16 Mark lautende Quittung auf 16 000 M. und hob den Betrag ab. Mit dem Gelde

